

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Inge Höger, Paul Schäfer, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänzel, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Norman Paech, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
- Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10413, 16/10423, 16/10424, 16/10425 -**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Der von der Bundesregierung vorgestellte Entwurf zum Einzelplan 14 für das Haushaltsjahr 2009 lässt keinen Zweifel daran, dass sie den Kurs der Auf- und Umrüstung der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ kompromisslos fortzusetzen gedenkt. Nach NATO-Kriterien (also unter Miteinbeziehung von Ausgabenposten aus anderen Einzelplänen) steigt der Verteidigungshaushalt auf etwa 33,5 Mrd. € und somit auf über elf Prozent des Bundeshaushaltes 2009, die der Steuerzahler für die Bundeswehr, d.h. für deren Transformation in eine „Armee im Einsatz“ und den tatsächlichen Auslandseinsätzen zahlen muss. Allein der um 14 Monate verlängerte ISAF-Einsatz der Bundeswehr kostet für diesen Zeitraum nahezu 700 Mio. €.
 2. Während das Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) und das Internationale Konversionszentrum in Bonn (BICC) in ihren jeweiligen Jahresberichten mit Besorgnis eine weltweite Aufrüstungsdynamik mit negativen Konsequenzen für den Weltfrieden konstatieren und auch die Bundesregierung in ihrem aktuellen Jahresabrüstungsbericht für 2007 festhält, dass sie „für die Universalisierung und Stärkung bestehender multilateraler Verträge und -regime zur Nichtverbreitung und Abrüstung“ eintritt, bleibt dies ohne Konsequenzen für die eigene Haushaltspolitik. Im Gegenteil: Nach Angaben von SIPRI belegt Deutschland sowohl bei Rüstungsexporten als bei den eigenen Rüstungsausgaben im weltweiten Vergleich einen Spitzenplatz. Die Bundesrepublik rangiert derzeit nach den USA und Russland auf dem dritten Platz der Waffenexporteure. Die so genannten verteidigungsinvestiven Ausgaben („Forschung, Entwicklung, Erprobung“, „Beschaffung“ und „sonstige Investitionen“) wurden binnen eines Jahres um 540 Mio. €

gesteigert. Eine sicherere Welt braucht nicht mehr, sondern weniger Militär - neue Abrüstungsschritte müssen auch und gerade durch die westlichen Staaten initiiert werden.

3. Die Bundeswehr soll, so die Zielsetzung der Bundesregierung, befähigt werden, das gesamte denkbare Einsatzspektrum von der Katastrophenhilfe und Maßnahmen gegen „zielgerichtete Aggressionen“, so der Gesetzesentwurf zur Änderung des GG (Art. 35), im Inneren bis zu umfassenden weltweiten Kampfeinsätzen in multinational integrierten Verbänden, wie der „NATO Response Force“ oder der „EU Battle Groups“ abzudecken. Eine auf militärische Übermacht gestützte Machtordnung aber provoziert Widerstand und schafft permanente Instabilitäten. Friedens- und sicherheitspolitisch erforderlich ist hingegen eine Ordnung, die auf der strikten Einhaltung des Völkerrechts gründet. Die Bundeswehr muss sich auf den grundgesetzlichen Auftrag der Territorialverteidigung beziehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf die im Haushaltsplan 2009 vorgesehene Aufstockung des Verteidigungshaushalts zu verzichten. Stattdessen soll die Bundesregierung ein abrüstungspolitisches Signal aussenden, in dem sie den Verteidigungshaushalt um 4,3 Mrd. € (11,1%) kürzt. Hierbei sind insbesondere die Beendigungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Beendigungen der deutschen Beteiligungen an der NATO Response Force, an den EU-Battle Groups und an der Europäischen Verteidigungsagentur sowie die Abschaffung der Wehrpflicht friedens- und haushaltspolitisch von hoher Relevanz. Die so möglichen Einsparungen sind in Konversions- sowie in entwicklungs-, sozial- und bildungspolitische Projekte zu investieren.
2. die in Kapitel 1416 aufgeführten Beschaffungsmaßnahmen, die der militärischen Machtprojektion und Kriegführungsfähigkeit dienen, zu streichen,
 - a. insbesondere im Bereich der Luftwaffe
 - auf die Beschaffung der zweiten Tranche des EF 2000 gänzlich zu verzichten und damit die angesetzten Beschaffungskosten für 2009 in Höhe von 1,025 Mrd. € plus 135 Mio. € Entwicklungskosten (Vertragsstrafen hierbei unberücksichtigt) einzusparen sowie aus dem EF 2000 Projekt (einschließlich der Bewaffnungsmodule) in Gänze auszusteigen, um auf diese Weise bis zu 10 Mrd. € einzusparen;
 - auf die Beschaffung des Militärtransporters A 400 M gänzlich zu verzichten und damit die anfallenden Kosten für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 375 Mio. € (Beschaffung) sowie die anzunehmenden Gesamtkosten von nahezu 8,6 Mrd. € einzusparen.
 - b. insbesondere im Bereich der Marine
 - auf die Beschaffung der Fregatte Kl.125 gänzlich zu verzichten und aus dem Projekt sofort auszusteigen. Die damit verbundenen Einsparungen für das Haushaltsjahr 2009 betragen 272 Mio. € und langfristig nahezu 227 Mrd. €.
 - auf die Beschaffung des zweiten Loses (Stückzahl 1) des Einsatzgruppenversorgers Kl. 702 zu verzichten. Damit spart der Bund für das Haushaltsjahr 2009 59 Mio. € und langfristig mindestens 166 Mio.€.

- c. insbesondere im Bereich des Heeres auf die Beschaffung und Entwicklung des 2. Loses (Stückzahl 405) des Schützenpanzers Puma zu verzichten und damit die Kosten in Höhe von 193 Mio. € für das Haushaltsjahr 2009 sowie die anzunehmenden Gesamtkosten von über 3,6 Mrd. € einzusparen.
- d. auf die deutsche Beteiligung an der Entwicklung und der Erprobung respektive auf die spätere Beschaffung des Waffensystems MEADS gänzlich zu verzichten und aus dem Projekt sofort auszusteigen. Dadurch würden 180 Mio. € an Entwicklungs- und Erprobungskosten sowie weitere 4 Mio. € für die Verwaltungskosten der Agentur NAMEADSMA im Haushaltsjahr 2009 eingespart. Eine Einstellung dieses Vorhabens wird langfristig zur Einsparung von Steuergeldern in Höhe von mindestens 4,1 Mrd. € führen;
- e. den Übungsbetrieb im Gefechtsübungszentrum Altmark (GÜZ) sofort einzustellen, den Ausbau im Süden zu stoppen und die militärische Nutzung des Geländes zu beenden, um auf diese Weise die Kosten in Höhe von 31,7 Mio. € das Haushaltsjahr 2009 sowie 9 Mio. € in den Folgejahren einzusparen,
- f. jegliche Ausgaben für die militärische Nutzung der Kyritzer Heide einzustellen und zur Kampfmittel- und Munitionsberäumung 18,3 Mio. € für das Haushaltsjahr 2009 freizugeben.
- g. die Investitionen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Erprobung von Waffensystemen stark einzuschränken;
- h. auf sämtliche deutsche Beteiligungen im Rahmen des Kapitels 1422 zu verzichten und auf diese Weise 516 Mio. € einzusparen.

Berlin, den 24. November 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

elektronische Vorab-Fassung